

Neuer Thor-Steinar-Laden lockt Neonazis

Die Marke ist umstritten und beliebt bei Neonazis: Thor Steinar. Heute eröffnete ein Geschäft mit Bekleidungsartikeln in Mitte, nachdem ein Mietvertrag am Alexanderplatz ausgelaufen war. Politiker wollen dem Geschäft mit Nazi-Symbolen nun den Kampf ansagen.

Die umstrittene Modemarke Thor Steinar will heute ein neues Geschäft in der Rosa-Luxemburg-Straße in Mitte eröffnen. Der Laden, der ausschließlich die bei Neonazis äußerst beliebte Marke verkauft, hat Proteste bei Grünen, SPD und der Linken ausgelöst. Bis zuletzt hatte die für Thor Steinar auftretende Mediatex GmbH aus Königs Wusterhausen die Adresse des neuen Geschäfts geheim gehalten. Mit Briefen, die nur an bereits bekannte Kunden verschickt wurden, lockt die Marke mit großen Eröffnungs-Angeboten für Freitag und Sonnabend.

„Wir werden den Neonazis ihr Einkaufsvergnügen gründlich vermiesen“, sagte Silvio Kurz, Sprecher der Kampagne „Stop Thor Steinar“. Er kündigte an, dass die Initiative am Freitag vor dem Laden protestieren wolle. Mit Flugblättern und persönlichen Gesprächen habe man bereits am Donnerstag viele Anwohner über die Hintergründe der Marke informiert. „Die Nachbarn waren ziemlich erschrocken, dass in ihrer Straße ein Anlaufpunkt für Rechtsextremisten aufmachen soll“, sagte Kurz. **Der SPD-Abgeordnete Tom Schreiber hat Impala-Immobilien aus Hamburg, die die Räume vermietet hat, telefonisch aufgefordert den Mietvertrag sofort zu kündigen – ohne Erfolg. „So lange die ihre Miete zahlen, werden wir sie nicht rausschmeißen“, sagte ein Sprecher von Impala dem Tagesspiegel.**

Heute Vormittag wollen Politiker der Grünen, SPD und der Linken gemeinsam vor dem Geschäft Informationsmaterial an die Passanten verteilen. „Es darf in Berlin keinen Platz für solch einen rechten Laden geben, egal ob öffentlich oder privat vermietet“, sagte die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann.

Die Marke ist auch dem Verfassungsschutz bekannt. Thor Steinar sei „ein identitätsstiftendes Erkennungszeichen“ für Rechtsextremisten, sagte Geert Piorkowski vom Verfassungsschutz Brandenburg. „Sie bezeichnen die Firma in ihren Internet-Diskussionsforen als ‚zur Bewegung gehörig‘, die Bekleidung ‚werde nicht ohne Grund getragen‘.“ Das alte Thor-Steinar-Geschäft im Berlin Carre am Alexanderplatz musste nach der Kündigung durch den Vermieter gestern schließen.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 01.02.2008)

... **Bei der Hamburger Firma Impala-Immobilien, die das Ladengeschäft vermietet, wollte man am Freitag dazu nicht viel sagen. „Wir haben an eine Firma vermietet, die mit Textilien und Accessoires handelt“, hieß es dort lediglich. „Die haben eine ordentliche Gewerbe genehmigung.“ (kop.)**

(Erschienen unter: <http://npd-blog.info/?p=1368>)

Kündigung für Thor-Steinar-Laden in Mitte

Fünf Tage nach der Eröffnung des Geschäfts „Tønsberg“ in Mitte hat die **Hamburger Impala Immobilien GmbH** dem Inhaber Protex gekündigt. In dem Geschäft wird ausschließlich die umstrittene Modemarke „Thor Steinar“ verkauft, die in der rechtsextremen Szene äußerst beliebt ist. „Wir haben ein entsprechendes Schreiben an Protex verschickt“, bestätigte gestern ein Sprecher von Impala.

Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) begrüßte die Kündigung. Er lobte überdies das Engagement der Anwohner, die mit Flugblättern und Beschwerdebriefen an den Vermieter auf die Hintergründe von Thor Steinar aufmerksam gemacht hätten. „Das ist eine Form von Zivilcourage, die mir sehr gut gefällt“, sagte Hanke. Er kündigte auch an, sich mit **Impala Immobilien** in Verbindung zu setzen, um der Firma anzubieten, Kontakte zu erfahrenen Immobilienanwälten zu vermitteln. Darüber hinaus will er in den nächsten Tagen alle betroffenen Anwohner zu einem runden Tisch einladen. Während der Eröffnung am vergangenen Freitag hatten rund 60 Anwohner und Politiker gegen das umstrittene Geschäft protestiert.

„Ich bin sehr froh, dass die Impala endlich ein deutliches Zeichen gesetzt hat“, sagte die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann. Dennoch müsse man bis zur Schließung des Ladens, weiterhin öffentlich darauf aufmerksam machen, um was für ein Geschäft es sich handle. Am Mittwoch hatten in den frühen Morgenstunden vier Unbekannte Farbbeutel und Flaschen auf das Geschäft geworfen. Gegen zwei andere Thor-Steinar-Läden in Magdeburg und Leipzig laufen derzeit Räumungsklagen. *Johannes Radke*

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 08.02.2008)

ILO-Zoff: Schluss mit dem Prozess

Pinnebergs Politiker verhindern einen Gang vor den Bundesgerichtshof. Der seit Jahren schwelende Streit um die Entsorgung von Altlasten auf dem ILO-Gelände müsse politisch gelöst werden.

Jahre lang prozessierten sie. Jetzt zog Pinneberg den Kürzeren. Investor **Mashallah Rahimi** hat sich vor Gericht durchgesetzt. Der Besitzer der früheren ILO-Werke verlangt von der Stadt, im Boden seines Grundstücks schlummernde Altlasten zu entfernen. Pinneberg hatte sich geweigert, Rahimi geklagt - und Recht bekommen. Unmittelbare Folge: die Stadt Pinneberg hat auf Grund des hohen Streitwerts jetzt 200 000 Euro an Prozesskosten zu zahlen. Nach der schier unendlichen Hängepartie hat die Politik nun keine Lust auf Fortsetzung der juristischen Auseinandersetzung.

Da eine Revision nicht zulässig ist, bliebe ohnehin nur der Gang zum Bundesgerichtshof. Ein für diese Instanz zugelassener Anwalt müsste eingekauft werden. Die Verwaltung veranschlagte zunächst 120 000 Euro für die Weiterführung des Prozesses - und blitzte während der Ratsversammlung ab. "Wir betrachten eine

Fortführung als pure Geldverschwendung", so CDU-Fraktionschef Michael Lorenz.

Sein Antrag, die 120 000 Euro aus dem Haushalt zu streichen, wurde auch von der FDP unterschrieben. "Wir müssen zusehen, andere Lösungen zu finden", sagte Lorenz. Der Streit ließe sich schließlich auch politisch lösen.

Im Zuge der Diskussion um einen Kreishaus-Neubau hatten sich Stadt und Rahimi, dessen Impala Grundstücksgesellschaft auch das Areal des Güterbahnhofs gehört, zuletzt angenähert. Rahimi beteiligt sich an der Ausschreibung: Er will auf dem Güterbahnhof ein Kreishaus bauen.

von Andreas Daebeler

erschieden am 12. Februar 200 im Pinneberger Tageblatt

Pinneberg: Veränderungssperre für Rahimi-Grundstück ist vom Tisch

Neues Kreishaus: Die Stadt Pinneberg kommt dem Investor für das Projekt entgegen

Von Marion Girke

Pinneberg -

In die Auseinandersetzung zwischen der Stadt Pinneberg und der Impala-Immobilien-Gesellschaft von Mashallah Rahimi um das Bauleitverfahren für das Gelände des ehemaligen Pinneberger Güterbahnhofs ist Bewegung gekommen. Rahimi möchte auf dem 15 000 Quadratmeter großen Grundstück möglichst bald ein Bürogebäude als Ersatz für das Kreishaus bauen. Der Pinneberger Stadtentwicklungsausschuss verzichtete nach einer Diskussion über diese Absicht darauf, für das Gelände eine Veränderungssperre anzuordnen.

Möglich wurde diese "pragmatische Lösung" - so der für Stadtplanung zuständige Fachbereichsleiter Klaus Stieghorst - durch ein Einlenken von Rahimis Projektbetreuer Florian Lewens. Der bei der Beratung persönlich anwesende Berater zog nach kurzer Rücksprache mit seinem Chef vor Ort eine frühere Bauvoranfrage für ein Reifenzwischenlager zurück.

Stieghorst: "Ein Reifenhandel wäre eine städtebaulich unerwünschte Nutzung gewesen, die wir nicht hätten genehmigen wollen. Wir bewerteten die Rücknahme als vertrauensbildende Maßnahme. Die geplante Veränderungssperre hat sich damit erledigt." Der Verzicht sowie die Rücknahme einer das Reifenlager betreffenden Klage müssen schriftlich bestätigt werden.

Noch nicht ausgestanden ist hingegen der Streit, ob für das Bürogebäude, wie von Stieghorst vorgeschlagen, das langwierige Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan für nötig erachtet wird. Rahimi und Lewens befürworten eine schneller zu realisierende, einfache Baugenehmigung.

Stieghorst bleibt jedoch bei seiner Einschätzung, dass wegen der hohen Belastung vor allem der Pinneberger Hochbrücke die schwierige Frage der Verkehrserschließung für den ehemaligen Güterbahnhof gründlich nur im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens zu lösen ist.

"Dort soll schließlich kein Einfamilienhaus, sondern das bislang längste Gebäude in Pinneberg entstehen", rechtfertigte der Fachbereichsleiter seine Vorsicht. Unter anderem die CDU als stärkste Kraft im Pinneberger Rat folgte seinen Bedenken jedoch nur eingeschränkt. Ihr Fraktionsvorsitzender Michael Lorenz sprach sich dafür aus, in einem Arbeitsgespräch mit Rahimi zu klären, ob ein Bebauungsplan überhaupt benötigt werde. Den Verzicht auf eine Veränderungssperre beurteilte er als ein positives Zeichen an den Investor.

Fachbereichsleiter Stieghorst warnte davor, sich als Stadt zu sehr von den privaten Interessen Einzelner leiten zu lassen. Den von Lewens erhobenen Vorwurf der Investitionsfeindlichkeit will er nicht auf sich sitzen lassen. "Die Behauptung ist ein Mittel zum Zweck, das von fachlichen Bedenken ablenken soll und mit der im eigenen Interesse Politik gemacht wird", sagte er.

Der Planungsexperte sagte weiter, grundsätzlich sei die Stadt verpflichtet, alle für nötig erachteten Gutachten im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens in Auftrag zu geben und zu bezahlen. Bei einer Baugenehmigung sei hingegen der Investor voll in der Zahlungspflicht.

(erschieden am 20. August 2004 im Hamburger Abendblatt)

Kibek-Offerte zu attraktiv?

Kibek-Chef Frank Sachau vermutet, dass sein Angebot für eine Kreisverwaltung zu attraktiv war und "jemand die Reißleine gezogen" hat.

Pinneberg - Das neue Kreishaus wird in Pinneberg gebaut oder das alte umfassend saniert. Ein Umzug nach Elmshorn ist vom Tisch. Die Entscheidung des Vergabegremiums, zu dem auch die Rechtsanwaltskanzlei White&Case sowie UTAG Ingenieure gehören, drei Unternehmen, die in der Kreisstadt investieren wollen, die Abgabe konkreter Angebote zu ermöglichen, sorgte bei Kibek-Chef Frank Sachau für eine Überraschung. "Wir sind fest davon ausgegangen, dass wir dabei sind", sagte er gestern im Gespräch mit unserer Zeitung.

Sachau hatte die Diskussion um einen neuen Verwaltungssitz mit dem Angebot angeheizt, das ehemalige Firmen-Hochhaus in der Elmshorner Innenstadt zum Verwaltungssitz umzubauen und dem Kreis für eine Jahresmiete von 1,3 Millionen Euro zu überlassen. Doch gegen die weiteren sieben Bewerber konnte er sich nicht durchsetzen. "Uns wurde gesagt, wir besäßen nicht die nötige Baukompetenz", berichtete der Kibek-Chef.

Sachau kann diese Argumentation nicht nachvollziehen. "Wir erfüllen alle Ansprüche ausgesprochen gut und haben schon bundesweit gebaut", betonte er. Der Kibek-Chef vermutet ein anderes Motiv: "Unser Angebot war zu attraktiv. Alles lief auf eine Entscheidung zugunsten Elmshorns hinaus. Da hat jemand die Reißleine gezogen - pro Pinneberg." Für ihn "ist die Sache" mit der Entscheidung des Kreises noch lange nicht erledigt. Sachau will rechtliche Schritte prüfen. "Die spannende Zeit beginnt jetzt erst", kündigte er an.

In Hamburg bei Dieter Becken, der einen Neubau in Pinneberg realisieren möchte, wurde die Nachricht, Teilnehmer des Ausschreibungsverfahrens zu sein, mit Freude aufgenommen. "Wir sind Spezialisten auf dem Gebiet der Nutz- und Gewerbeimmobilien", betonte Projektkoordinator Marc Holzhausen. Konkrete Angaben über das geplante Kreishaus konnte er noch nicht machen, schließlich befände man sich noch in einer sehr frühen Phase. Auch der Standort stehe noch nicht fest. "Wir haben Zugriff auf verschiedene Grundstücke in Pinneberg", sagte Holzhausen. Der geeignete Platz müsse nun in enger Abstimmung mit dem Kreis ausgewählt werden. Dann werde ein Angebot eingereicht, bei dem es um die Errichtung eines Zweckbaus gehe, der sich optimal in der Umgebung einpasse. "Und das Gebäude soll energetische Vorteile für den Nutzer bringen", versprach der Projektkoordinator.

Bekannt ist das Angebot der Impala Immobilien. Chef Mashallah Rahimi hat schon seit Jahren den fertigen Plan in der Schublade, das Kreishaus auf seinem Grundstück auf dem Pinneberger Güterbahnhof zu errichten. Die Bietergemeinschaft LHI Leasing, MAM Deutschland und Müller-Altvatter Gebäudemanagement wollen das bestehende Kreishaus kaufen, sanieren und dann wieder an den Kreis vermieten.

Pinnebergs Bürgermeister Horst Werner Nitt nahm die Nachricht, dass das Kreishaus auf jeden Fall in seiner Stadt bleiben wird, mit Freude auf. Er kündigte an, alles daran zu setzen, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Neubau zu schaffen.

(von Thomas Klink, Pinneberger Tageblatt)